

Frau Bürgermeisterin Schmidt-Neder,
Kolleginnen und Kollegen,
Frau Herrmann,
Vertreter der Presse

**Stadtratsfraktion
Marktheidenfeld**

Christian Menig
Karbacher Str. 20
97828 Marktheidenfeld
Telefon (09391) 939010
Fax (09398) 760
Mobil (0179) 5432320
Mail c.menig@t-online.de

Marktheidenfeld, 07.11.2019

Stellungnahme der Fraktion zum Haushalt 2020

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen,
Frau Herrmann, meine Damen und Herren,

wie in den Sitzungen des Finanzausschusses erläutert und dann in der letzten Sitzung des Stadtrates vorgestellt, steht die Stadt Marktheidenfeld für das Jahr 2020 vor einem Rekordhaushalt mit einem Gesamtvolumen von 75 Mio. Euro.

Für die getätigten Vorarbeiten und die Aufstellung des Haushaltes schon jetzt unser Dank an Sie, Frau Herrmann und alle Mitarbeiter, die für das umfangreiche Zahlenwerk verantwortlich sind.

Im Jahr 2019 kann noch eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt von gut 3 Mio. Euro erfolgen, was eigentlich bedeutet, die Stadt erwirtschaftet erneut einen Jahresüberschuss.

Allerdings sinken die Rücklagen kontinuierlich, von ehemals weit über 40 Mio. Euro auf gut 25 Mio. Euro zum 31.12.2019.

Wir gehen davon aus, dass in diesem Betrag auch 500.000,00 Euro für die Nachnutzung des Krankenhauses bzw. die Gesundheitsversorgung in Marktheidenfeld enthalten sind, ebenso gemäß Beschluss ein Millionenbetrag, für die in ein paar Jahren anstehende Sanierung der Neue Mainbrücke.

Sollten alle im Haushalt 2020 enthaltenen Maßnahmen und in der Mittelfristigen Finanzplanung bis 2023 geplanten Investitionen umgesetzt werden, ist dies nur durch Kreditaufnahmen zu realisieren.

Kontinuierlich verteilt auf die Jahre 2020 bis 2023 wären dies insgesamt rund 9,5 Mio. Euro!

Sind die fetten Jahre in Marktheidenfeld nun also vorbei?

Nein, wir wollen und müssen nicht zu schwarzmalen.

Auch die Einnahmen entwickeln sich.

Sie sind für die Jahre 2020 bis 2023 nicht zu euphorisch, aber auch nicht zu zurückhaltend in die Planungen eingestellt.

Gerade die Steuereinnahmen, eigentlich schon immer der Trumpf der Stadt Marktheidenfeld.

Für das kommende Jahr sind 10 Mio. Euro an Gewerbesteuer in den Haushalt eingestellt und es besteht die berechtigte Hoffnung, dass dieser Wert auch erreicht wird.

Wir möchten uns hier ausdrücklich bei den Firmen und Gewerbetreibenden bedanken, die durch ihr erfolgreiches Handeln erheblich zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Marktheidenfeld beitragen.

Nicht nur deshalb, muss die Stadt den Firmen und Gewerbetreibenden noch mehr Möglichkeiten und Anreize für Ansiedlungen und Investitionen im gesamten Stadtgebiet bieten.

Eine engere Verzahnung muss geschaffen werden und der Austausch bzw. die regelmäßige Kommunikation, gerade auch mit dem Mittelstand oder kleineren Firmen sollte verbessert werden.

Während die Gewerbesteuer nicht genau kalkulierbar ist und Schwankungen unterliegt, ist die vor allem daraus resultierende Kreisumlage zwei Jahre später immer ein schmerzhafter Ausgabeposten, für 2020 stehen gut 8 Mio. Euro an.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, der auch vor Ort verbleibt, steigt stetig an und beträgt mittlerweile 9,25 Mio. Euro, prognostiziert für 2020. Eine überaus positive, nennenswerte und erfreuliche Entwicklung!

Zur angesprochenen Verminderung der Rücklagen hat natürlich auch beigetragen, dass die Stadt mit dem Erwerb der Flächen im Gewerbegebiet „Söllershöhe“ erheblich, aber weitsichtig in Vorleistung gegangen ist.

Nach Fertigstellung der Erschließung wird hier ein tolles Gewerbegebiet entstehen, sowohl von der Lage, als auch von der Größe.

Wir bitten, die bereits laufende Vermarktung beizubehalten oder noch zu intensivieren.

Für die GEK-Projekte, die in jedem Stadtteil schon durchgeführt wurden bzw. noch werden, hat die Stadt fast 8,5 Mio. Euro investiert bzw. bereitgestellt.

Eine Förderung ist bereits erfolgt und wird für anstehende Projekte, hier seien für das kommende Jahr, vor allem das Bürgerhaus Michelrieth und der Ortseingang in Marienbrunn zu erwähnen, noch erfolgen.

Aber wir dürfen uns nicht blenden lassen, von kolportierten 60 % Förderung aufwärts, sind wir doch einiges entfernt.

Alle Kosten sind nämlich nicht förderfähig, so dass die Stadt über die Hälfte der Gesamtkosten und somit ca. 4,5 Mio. Euro für die Attraktivierung der Stadtteile aufwenden wird.

Auch für den barrierefreien Ausbau der Altstadt wird und wurde investiert, immerhin insgesamt gut 1,6 Mio. Euro, wofür wir ebenfalls eine Förderung erhalten, die sich aber einiges unterhalb des siebenstelligen Bereiches bewegt.

In diesem Zusammenhang müssen hier auch die enorm gestiegenen Baukosten erwähnt werden. Sicherlich kein Phänomen nur in Marktheidenfeld, aber diese Tatsache schlägt kräftig zu Buche.

Als Beispiele müssen hier das Feuerwehrhaus und der Kindergarten Baumhofstraße in der Kernstadt, sowie das Bürgerhaus in Glasofen, der Schwabsgraben in Zimmern und die schon angesprochene und anstehende Maßnahme beim Bürgerhaus in Michelrieth angeführt werden.

Preissteigerungen von 25% bis 40% müssen hier geschultert werden.

In Summe macht dies für die gerade genannten Maßnahmen, einen Betrag von ca. 7 Mio. Euro aus.

Nur für den Hinterkopf! Wir haben gut, aber auch teuer investiert!

Der dringend notwendige Soziale Wohnungsbau Säule II am Südring schlägt mit Baukosten von ca. 6,0 Mio. Euro, was einem qm-Preis von über 2.800,00 Euro entspricht, zu Buche.

Noch dramatischer, hier sind keinerlei Kosten für Grunderwerb enthalten.
Ich erspare uns jetzt die Berechnung des dann vorliegenden Quadratmeterpreises!

Was ist daran Sozialer Wohnungsbau?

Hier werden Kommunen erheblich zur Kasse gebeten.

Wie ist dies zu rechtfertigen, wenn alleine die Planungsphase für die dringendst benötigten Wohnungen deutlich länger als zwei Jahre dauert und so von einer Umsetzungsdauer von ca. vier Jahren ausgegangen werden muss.

Hoffen wir, dass diese Entwicklung in naher Zukunft aufzuhalten ist.

Nach diesen allgemeinen, teils erfreulichen, teils fast besorgniserregenden Tatsachen komme ich nun zu konkreten Feststellungen, Forderungen, Anträgen und Änderungswünschen für den Haushalt 2020 und die Jahren darüber hinaus.

Schon kurz gestreift, die erfreuliche Einkommensteuerbeteiligung der Stadt, die durch den Wohnsitz der Arbeitnehmer beeinflusst wird.

Logische Folgerung hieraus, Arbeitnehmer brauchen Wohnraum, und zwar Wohnraum in Marktheidenfeld.

Die nach unserer Meinung viel zu zaghaft angegangene Prüfung für ein Baugebiet am „Strickberg“ muss dringend intensiviert werden.

Hier gibt es ausreichend städtische Flächen zur Erschließung.

Hier gilt es zu handeln!

Die Planung, für die in 2020 insgesamt 170.000,00 Euro eingestellt sind, muss im ersten Quartal 2020 vorgestellt werden.

Und wir betonen ausdrücklich, nicht lustlos und abwertend, sondern realistisch.

Dies bringt uns dann logischerweise zu der Forderung, die Kosten für die Umsetzung der Baumaßnahme aus den Jahren 2022 und 2023 nach vorne zu ziehen.

Wir gehen soweit, da Mittel für den Bebauungsplan schon für 2020 vorgesehen sind, auch erste Baumaßnahmen in 2020 mit einem Kostenansatz zu decken. Erschließungsmaßnahmen müssen möglich gemacht werden!

Aber selbst dieses Baugebiet wird den Bedarf an Wohnraum in der Kernstadt nicht decken.

Daher bitten wir offensive Überlegungen anzustellen, ein Baugebiet oberhalb des neuen Friedhofes, in südlicher Richtung, hin zur Mozartstraße zu erschließen bzw. auf den Weg zu bringen.

Hier sind Stadtverwaltung und Stadtrat gleichermaßen gefragt.

Grundstücksverhandlungen und konkrete Planungen sollten angegangen werden.

Denn der Grundsatz ist nicht zu widerlegen, wir brauchen Bauplätze bzw. Wohnraum in der Kernstadt!

Möglicherweise parallel zu dieser Haushaltsrede werden Varianten zu einer möglichen Entstehung eines kleinen Baugebietes auf städtischen Flächen am Ortsrand von Marienbrunn vorgestellt.

Kosten für den Bebauungsplan sind im Haushalt 2020 enthalten.

Auch hier sollten Erschließungsmaßnahmen eingeplant werden.

Wir bitten das mögliche beschleunigte Verfahren zu nutzen, um hier möglichst zeitnah nach Erschließung auch Baureife schaffen zu können.

Genauso muss der Ansatz für das Baugebiet „Märzfeld“ in Altfeld nach vorne gezogen werden.

Hier sind Erschließungskosten erst ab dem Jahr 2021 eingestellt, was nach den Beschlüssen der letzten Sitzung, nicht nachzuvollziehen ist.

Die Maßnahme kann zeitnah begonnen werden und auch hier ist Bedarf an Wohnraum und Bauplätzen.

Andere umliegende Gemeinden machen es uns vor!

Ausdrücklich begrüßen wir die eingestellten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserversorgung und Trinkwasserreinheit im Stadtgebiet.

Wir bekräftigen hier gerne einen Antrag der SPD-Fraktion unlängst, dass dieses Thema oberste Priorität haben muss.

Unter anderem deshalb, bitten wir um Verschiebung des Ansatzes zur Erweiterung des Parkplatzes am Lohgraben von je 400.000,00 Euro aus den Jahren 2020 und 2021 zeitlich nach hinten.

Anders verhält es sich nach unserer Auffassung mit der Parksituation am Äußeren Ring, gerade im Bereich neben der Tennishalle.

Hier bitten wir um dringenden Dialog mit den angrenzenden Firmen, die den Parkraum nutzen, wie hier gemeinsam Verbesserungen zu erzielen sind.

Es ist nicht Hauptaufgabe der Kommune, für Firmen Parkflächen zu schaffen und es ist nicht Pflicht von Firmen, ihren Mitarbeitern jeweils Parkplätze zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang muss der Alte Festplatz angesprochen werden. Ein, bzw. das Filetstück mitten in der Stadt, kann nicht auf Dauer als Parkplatz verschwendet werden.

Klar, die Parkplätze werden benötigt, aber nicht auf dieser Ebene und in diesem Zustand.

Es gab schon viele Gedanken, Wettbewerbe, Ansiedlungspläne und ähnliches.

Nach unserer Meinung, und auch als klare Forderung, müssen hier wieder Ideen gesammelt werden.

Wohnraum, Gewerbe, Erholungsfläche, ohne Denkverbote!

Einzigste Vorgabe, die Parkplätze verschwinden unter der Erde!

Ein weitbekanntes Kunst- und Kulturzentrum ist unser Franck-Haus.

Wir bitten hier um einen Kostenansatz für den Einbau eines Aufzuges in einem aktuell als Stauraum genutzten Raum, im Innenhof auf der linken Seite.

Das Architekturbüro Wiener hat hier in der Vergangenheit einen Vorschlag erarbeitet, den wir bitten, zu aktualisieren und nach erneuter Vorstellung im Stadtrat auch umzusetzen.

Hierfür sollten wir einen Betrag von maximal 200.000,00 Euro in den Haushalt einstellen.

Mit dieser Maßnahme ermöglichen wir den barrierefreien Zugang in den vorderen Bereich, was eine erhebliche Verbesserung darstellt.

Wenn wir ehrlich zu uns selbst sind, muss uns bewusst sein, dass eine komplette Barrierefreiheit in diesem Anwesen nicht möglich ist.

Eine bauliche Veränderung im hinteren Trakt des Gebäudes lehnen wir deshalb auch schweren Herzens ab.

Ebenso lehnen wir die Einstellung von Kosten für den Umzug der Tourist-Information in die Alte Schmiede ab.

Die Alte Schmiede wird von der VHS benötigt und auch genutzt.

Zukünftigen möglichen Veränderungen erteilen wir keine generelle Absage.

Großer Sprung hin zur Laurenzi-Messe, die auch viele Besucher in unsere Stadt zieht.

Hier bitten wir um Überprüfung und Kürzung der laufenden Kosten, die einfach wieder um 60.000,00 Euro im Vergleich zu 2019 steigen.

Das kann kein Dauerzustand sein in diesem Bereich.

Ebenso ist der Zuschuss der Volkshochschule um 55.000,00 Euro angestiegen, zwar in Unterlagen herrlich aufgegliedert, allerdings weder besprochen, noch begründet.

Öffentliche Ordnung:

Im Wesentlichen resultiert der Kostenanstieg aus der Stundenmehrung bei der Verkehrsüberwachung.

Dieser steigt von 100.000,00 Euro auf 150.000,00 Euro an, ganze 50%.

Während sich auf der Einnahmenseite keine Veränderungen ergeben sollen, und diese bei 80.000,00 Euro bleiben.

Unter diesen Umständen macht eine Erweiterung der Überwachung eigentlich wenig Sinn.

Laurenzi-Messe, VHS und Verkehrsüberwachung sind jetzt nur drei Beispiele, es wären sicher noch weitere zu erwähnen.

Aber schon hier werden in den laufenden Verwaltungskosten fast 200.000,00 Euro mehr als im Vorjahr angesetzt.

Wir müssen hier dringend um etwas weniger kontinuierliche Erhöhungen und ab und zu auch Nachfragen bei den Antragsstellern oder Kostenverursachern bitten.

Hier und dort ein bisschen bremsen, würde sicher eine anstehende Kreditaufnahme mindern und außerdem wissen wir alle, wenn ein Ansatz mal im Haushalt war, wird dieser ausgereizt und selten gekürzt.

Deutlich bitten wir um die Streichung der Ansätze für den Kauf von Elektrofahrzeugen.

Diese sehr lobenswerte Antriebsart ist aktuell absolut richtig, möglicherweise aber im Zeitalter des Klimawandels auch bald überholt.

Daher bitten wir darum, die Fahrzeuge anzuschaffen, aber zu leasen.

Hiermit fahren wir im wahrsten Sinne des Wortes günstiger, Stichwort Kommunal-Leasing.

Der Ansatz für die Erweiterung bzw. Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Stadtteil Glasofen für 2020 in Höhe von 80.000,00 Euro im Bereich des neuen Bürgerhauses und einer laufenden Baumaßnahme ist berechtigt.

Den Ansatz von weiteren 180.000,00 Euro im Jahr 2021 bitten wir zu überprüfen und zu erläutern, denn einfach noch gute Straßenoberflächen aufzureißen und noch ausreichende Beleuchtung auszutauschen, macht nach unserer Auffassung keinen großen Sinn und rechtfertigt diesen Betrag nicht.

Den Ansatz von 400.000,00 Euro im Stadtbauhof für eine Erweiterung oder eine neue Halle, zugegeben erst im Jahr 2023, bitten wir zu streichen. Hier werden Begehrlichkeiten geweckt, die unserer Meinung nach nicht notwendig sind.

Kostenansätze einzustellen hingegen bitten wir für Verbesserung der Zustände der Leichenhäuser und deren Umfeld im Altstadtfriedhof und im Friedhof in Altfeld.

Von den unlängst im Stadtrat durch das Ingenieurbüro Wiener vorgestellten Möglichkeiten, sprechen wir uns jeweils für die Variante II aus.

Wir bitten um zeitnahe Umsetzung auf beiden Friedhöfen.

Nach unserer Auffassung reicht es problemlos aus, jeweils eine barrierefreie Toilette vorzusehen.

Im Altstadtfriedhof mit Zugang auch von außerhalb, damit die Richtlinien der Städtebauförderung eingehalten werden, in Altfeld bitte so anordnen, dass keine größeren Kosten für Kanalanschluss und ähnliches entstehen.

Die notwendigen Leitungen liegen bereits in unmittelbarer Nähe.

Im Bereich der Städtischen Mietobjekte sind für den Austausch von sechs Heizthermen in 2020 und weiteren fünf in 2021 insgesamt 90.000,00 Euro angesetzt.

Hier bitten wir um Information, ob dies notwendig ist, oder nur erfolgt, weil eine gewisse Zeit verstrichen ist.

Kann hier sinnvoll Energie eingespart werden?

Sollten hier keine Vorteile entstehen, müsste dies nicht umgesetzt werden.

Den Ansatz von 80.000,00 Euro für ein Statisches Parkleitsystem bitten wir zu streichen!

Aktuell unnötig, nicht zielführend, um nicht zu sagen, aktuell eigentlich sinnlos!

Einen pauschalen Ansatz von gar 100.000,00 Euro pro Jahr für die Beteiligung an Tiefbaumaßnahmen im Wonnemar bitten wir dringend zu streichen.

Hier können evtl. bei konkreten, notwendigen und sinnhaften Maßnahmen Zuschüsse gegeben werden, aber in einer Dimension, die der laufende Verwaltungshaushalt aushält.

Einen plötzlich aufgetauchten Ansatz für Gewährleistung bei Straßenbau, Kanalbau und Wasserleitungsbau von jeweils 50.000,00 Euro erschließt sich uns in dieser Höhe nicht.

Wird hierdurch der Haushalt nur aufgebläht oder haben die Ansätze einen tieferen Sinn und können erläutert werden?

Der Ansatz von 20.000,00 Euro beim Ankauf von Kunstobjekten im Jahr 2020 soll sicher nicht mit dem vorherigen Absatz in Verbindung gebracht werden, aber auch hier bitten wir um Streichung oder erhebliche Kürzung des finanziellen Beitrages für die Stadt, zum Beispiel durch Sponsorenbeteiligung.

Mehrkosten für die Stadt bzw. weniger Einnahmen könnten wir uns gut vorstellen, indem wir den Stadtbus kostenlos für die Nutzer zur Verfügung stellen. Um etwas über 30.000,00 Euro würde sich das Defizit dieser Kostenstelle durch die Kostenfreiheit erhöhen.

Sollten wir die von uns, in den letzten Absätzen, angeregten Einsparungen umsetzen, wäre dieser Betrag mehrfach gedeckt und wir könnten auch prüfen, was durch den ÖPNV bei den Linienbetreibern ankommt, wenn Bürger aus unseren Stadtteilen zum Stadtbustarif in die Kernstadt fahren.

Wir bitten um Mitteilung und sind fast sicher, auch diesen Betrag noch unterzubringen bzw. zu übernehmen.

Dies sehen wir als guten Beitrag zur sinnvollen ökologischen Weiterentwicklung unserer Stadt.

Das Wort Digitalisierung möchten wir im Zusammenhang mit dieser Haushaltsrede bewusst ansprechen.

Die digitale Entwicklung gibt Kommunen die Möglichkeit, intensiver mit ihren Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen, sich für sie sichtbarer zu machen und das Dienstleistungsangebot auf einfache und zeitsparende Art zu verbessern.

Wir denken, es muss für den großen Bereich „Digitalisierung“ für 2020 kein eigener Kostenansatz in den Haushalt eingestellt werden, aber wir bitten darum, Anfang 2020 Planungen oder Überlegungen seitens der Verwaltung vorzustellen, wie mit dieser Zukunftsaufgabe umgegangen werden soll.

Ein sehr wichtiges Anliegen ist es uns, die zurecht verordnete Denkpause im Bereich, ich nenne es einmal, Mainkai, Parkplatz, Spielplatz, Baustraße und ähnlichem, sinnvoll zu nutzen und ALLEN Beteiligten, Betroffenen und Interessierten in offener Kommunikation, die Gelegenheit zu geben, sich einzubringen.

Die Denkpause soll eine Zeit zum Nachdenken sein, die sicher gut gefüllt ist, wenn man sich den Bereich von der Neuen Mainbrücke bis zum Felsenkeller ins Gedächtnis ruft.

Stichwort Mainufergestaltung!

Hier könnten wir uns einen Ansatz für eventuelle Planungen oder Gutachten in Höhe von 50.000,00 Euro vorstellen, der nach Ablauf der beschlossenen Frist zur Verfügung stehen könnte.

Was die Alte Mainbrücke angeht, stellt sich uns die Frage, ob es hier schon jahrelange Denkpausen gibt oder ob bereits Entscheidungen getroffen wurden, die nur noch nicht kommuniziert wurden.

Für die weiteren Planungen der Stadt ist es daher von großer Bedeutung, belastbare Auskünfte über den aktuellen Planungsstand zu bekommen, was wir hiermit für das erste Quartal 2020 einfordern.

Dies waren nach unserer Ansicht, sinnvolle und konkrete Änderungsvorschläge für den Haushalt 2020 und die Folgejahre bis 2023.

Die Stadt Marktheidenfeld steht nach wie vor finanziell auf sicheren Füßen, aber es gilt, nachhaltig und wie bisher immer, überlegt zu handeln und zu investieren.

Dafür, dass dies auch im jetzt bald abgelaufenen Jahr wieder so gehandhabt wurde, bedanken wir uns zuerst bei Ihnen, Frau Bürgermeisterin und Ihnen Frau Herrmann, als Kämmerin, mit der Bitte, diesen Dank an alle weiteren 239 Beschäftigten der Stadt weiterzugeben, die sich zum Wohle Marktheidenfelds einsetzen.

Weiterer Dank an alle Ehrenamtlichen, die sich in Beiräten, Vereinen und Hilfsorganisationen einbringen und somit viel kostbare Zeit für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger investieren.

Diesen unverzichtbaren Helfern Vielen Dank und Ihnen Danke für die Aufmerksamkeit!